

Unsere Gesellschaft und ihr kulturelles Gesicht¹

OSWALD VON NELL-BREUNING SJ

Es kann nicht die Absicht sein, hier in kurzen Zügen ein Gesamtbild unserer Kultur zu zeichnen oder eine Gesamtwertung zu geben. Das dürfte nicht nur den gesteckten Rahmen, sondern schlechterdings die Kraft eines Menschen übersteigen. Mag es früher einmal möglich gewesen sein, daß ein Mensch — im Besitz des Gesamtwissens seiner Zeit — deren Gesamtkultur überschaute oder gar beherrschte, heute ist das einfach unmöglich geworden. So muß ich mich begnügen, einige Beziehungen zwischen Gesellschaft und Kultur zu untersuchen in der Absicht, einzelne kulturelle Züge unserer Zeit zu verdeutlichen.

Einer wohl als klassisch zu bezeichnenden Definition zufolge ist das gesellschaftliche Leben „der in Raum und Zeit verlaufende, *verbindlich vorgegebene* Handlungszusammenhang der Menschen zur dauernden Verwirklichung der *objektiven Kulturwerte*“ (Gustav Gundlach). Damit ist ein Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Kultur ausgesagt, wie er enger nicht gedacht werden kann. Die Gesellschaft, verstanden als Institution ist sozusagen das Gefäß oder Behältnis, in dem der Kulturprozeß abläuft; die Gesellschaft, verstanden als die gesellschaftlich verbundenen Menschen, ist nicht mehr und nicht weniger als die Trägerin des Kulturprozesses. In der soeben vorgelegten Definition der Gesellschaft liegt die philosophische Aussage beschlossen, dieser Handlungszusammenhang der Menschen sei *verbindlich* vorgegeben, d. h. es stehe dem Menschen nicht frei, ob er an ihm teilnehmen wolle oder es vorziehe, sich ihm zu entziehen oder zu versagen, sowie: es gehe um die Verwirklichung *objektiver* Kulturwerte, ja, noch mehr: *der* objektiven Kulturwerte, was offenbar nicht nur die Existenz, sondern auch die Erkennbarkeit dieser Werte voraussetzt. Die damit bezeichnete philosophische Grundposition, beziehungsweise diese beiden konkreten philosophischen Aussagen sind hier nicht zu vertiefen. Schon gar nicht kann es meine Aufgabe sein, die seinerzeit von Max Weber, wohl dem berühmtesten aller Münchener Universitätslehrer in äußerster Schärfe gestellte, seither

¹ Dieser Beitrag ist ein Referat, das P. von Nell-Breuning am 3. 7. d. Js. auf der von der Stadt München aus Anlaß ihrer 800-Jahr-Feier veranstalteten *Woche der Kulturkritik* gehalten hat. Es besteht die Absicht, in einem gedruckten Tagungsbericht sowohl die Referate als auch die Diskussionen der ganzen Woche vollständig nach der Tonbandaufnahme zu veröffentlichen. Hier wird das Referat nach dem Ms des Redners wiedergegeben.

aber mehr und mehr versandete Werturteilsfrage hier aufzurollen oder gar sie auszudiskutieren. Kulturkritik kann aber nichts anderes bedeuten, als daß die Kultur oder doch bestimmte kulturelle Erscheinungen an irgendwelchen Maßstäben gemessen werden sollen. Wenn Kultur — wie wir gewiß alle unterstellen — etwas Werthafte ist, dann müssen die Maßstäbe, an denen dieses Werthafte gemessen wird, Wertmaßstäbe sein. Kulturkritik üben heißt, einen Wertmaßstab, vielleicht auch eine Mehrzahl von Wertmaßstäben handhaben; Kulturkritik ohne Wertmaßstab ist eine logische Unmöglichkeit.

Eine lohnende Aufgabe wäre es, zu untersuchen, inwieweit die sogenannte freie Welt, näherhin die vielberufene „abendländische“ Welt, gemeinsame Wertmaßstäbe besitzt und anwendet. Auch hier muß ich mich begnügen, die Hoffnung auszusprechen, daß diejenigen Wertmaßstäbe, deren ich mich hier bediene, wenn schon nicht allgemein, so doch weithin in der freien Welt übereinstimmend anerkannt werden.

Die Frage, die hier zur Behandlung steht, läßt sich sprachlich so fassen: Sind unsere gesellschaftlichen Institutionen, ist der tatsächliche Zustand unserer Gesellschaft wirklich auf das angelegt und ausgerichtet, was als Inhalt oder Ziel des Sozialprozesses bezeichnet wurde? Anders ausgedrückt: ermöglichen und fördern sie den Kulturprozeß oder erschweren sie — am Ende gar: verunmöglichen sie ihn, drängen oder zwingen sie ihn in eine bestimmte Richtung, und — soweit dies der Fall sein sollte — ist diese Richtung begrüßenswert und erfreulich oder beklagenswert und abzulehnen? Um auf diese Frage oder diese Fragen antworten zu können, bedarf es einmal einer Analyse der Sachverhalte, zum andernmal — hier tritt es ganz klar in die Erscheinung — einer wertenden Beurteilung.

Unter „unserer Gesellschaft“ verstehen wir die Gesellschaft, wie sie hier bei uns ist, wie wir sie aber ähnlich im ganzen westlichen Europa und in USA, mehr oder weniger ausgeprägt aber auch in anderen Räumen, insbesondere Lateinamerikas, haben. Diese Gesellschaft nimmt sich vor, ja, sie erhebt den Anspruch, dieses Vorhaben bereits weitgehend ausgeführt zu haben, die Grundwerte der Menschenwürde, der Freiheit und der Gerechtigkeit zu schützen, sie zur Anerkennung und damit oder darüber hinaus zur Verwirklichung zu führen. Soweit sie das in Wahrheit leistet, ist ihr kulturelles Gesicht erfreulich anzuschauen; soweit sie dagegen diese Werte verzerrt, erleidet ihr kulturelles Gesicht eine schmerzhaftige Verzerrung; eine Gesellschaft dagegen, die bei der Gesamtheit ihrer Mitglieder oder doch bei einem, sei es rassisch, sei es religiös oder wie immer bestimmten Teil diese Werte gefährdet oder gar verneint und vernichtet, hat ihr kulturelles Gesicht verloren; aus ihrem Gesicht starrt uns die *Unkultur* entgegen.

Hiernach zunächst zur Bestandsaufnahme und Analyse. Selbstverständlich kann sie niemals erschöpfend sein. Es ist immer nur möglich, einzelne Merkmale herauszugreifen. Ich beschränke mich auf ein einziges Merkmal. Unsere Gesellschaft ist *pluralistische* Gesellschaft. Dies aber ist sie in einem

zweifachen Sinn: einmal im weltanschaulichen, zum andernmal im sozialstrukturellen Sinn.

Pluralistische Gesellschaft im weltanschaulichen Sinn. — Wir haben nicht den mittelalterlichen Glaubensstaat, der seine Weltanschauung von der Kirche als von Gott geoffenbart entgegennahm. Wir haben auch kein „cuius regio, eius religio“, jenen Zustand, bei dem den Untertanen zugemutet wurde, das Glaubensbekenntnis des Landesvaters anzunehmen, bei einem Glaubenswechsel des Landesvaters diesen Glaubenswechsel mitzuvollziehen oder auszuwandern. Vor allem haben wir nicht den modernen Weltanschauungsstaat, der eine Weltanschauung macht und mit allen Mitteln der Propaganda und des Terrors sie seinen Gewaltunterworfenen aufzwingt. Das alles haben wir nicht, das Letztere allerdings aus den Jahren 1933—1945 noch in sehr unguter Erinnerung, und unsere Brüder und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhangs leiden heute mehr denn je unter dieser gewaltsamen weltanschaulichen Uniformierung von Staates oder von Einheitspartei wegen.

In *unserer* Gesellschaft leben Menschen und ganze Gruppen, ja Großgruppen von Menschen von verschiedenen Grundüberzeugungen und sehen sich vor die Aufgabe gestellt, ungeachtet dieser verschiedenen Grundüberzeugungen nicht nur miteinander auszukommen, sondern miteinander zusammen zu leben, an gemeinsamen Aufgaben zusammen zu wirken. Eine solche Lage kann zu weltanschaulichem Indifferentismus und allgemeiner Verflachung führen, ja, wir werden anerkennen müssen, daß sie in großem Umfang tatsächlich dahin führt. Nichtsdestoweniger muß dem nicht so sein. Wenigstens grundsätzlich kann eine solche Lage Anlaß geben zu ehrlichem und ernstem geistigem Ringen. Ein solches geistiges Ringen läßt jeden Beteiligten in der Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden seine eigene Position klarer erfassen. Was vorher vielleicht bloß gedankenlose Gewohnheit und vermeintliche Selbstverständlichkeit war, wird bewußt eingenommene Haltung, zu der man sich bekennt und zu der man steht. Eben dieses geistige Ringen treibt — wenn es richtig geführt wird — eine der höchsten und daher leider auch nur allzu selten anzutreffenden Blüten menschlicher Kultur hervor, die echte Toleranz. Immer wieder werden Toleranz und Indifferentismus verwechselt, hat doch selbst ein Mann von der geistigen Größe eines Lessing — ich will mich vorsichtig ausdrücken — die scharfe Grenze zwischen Toleranz und Indifferentismus bis zur Unkenntlichkeit verwischt.

Toleranz besagt nicht: ich halte deine Meinung für ebenso zutreffend oder unzutreffend, für ebenso gut oder schlecht, für ebenso achtbar oder ebenso geringzuschätzen wie die meinige; ich bin jederzeit bereit, meine Überzeugung gegen die deinige auszutauschen, mit andern Worten ich habe *keine* Überzeugung und kann daher auch gar nicht in die Versuchung kommen, sie dir aufdrängen zu wollen. Das alles ist typischer Indifferentismus, mag dieser auch tausendmal den hehren Namen der Toleranz für sich in Anspruch nehmen. Toleranz ist geistige Auseinandersetzung ausschließlich mit blanken Waffen des Geistes ohne Zuhilfenahme rostiger Waffen — solche gibt es

leider auch im Arsenal des Geistes —, und erst recht ohne Zuhilfenahme äußerer Machtmittel, auch wenn man über sie verfügt und in der Lage wäre, mittels ihrer zu „siegen“. Wir wissen aus der Natur der Sache heraus, aber auch aus bitteren Erfahrungen, daß ein solcher „Sieg“ in Wirklichkeit eine Niederlage ist. In Fragen der Wahrheit entscheidet niemals die Macht. „Wer Arier ist, bestimme ich!“; so geht es nun einmal nicht. Und wenn nach einem englischen Sprichwort, das Newman in seiner *Grammar of Assent* anführt, *a man convinced against his will is of the same opinion still* — ein Mensch, der mit Beweisgründen (*convinced*) der Irrigkeit seiner Ansicht überführt ist, hält doch nach wie vor an seiner liebgewonnenen Meinung fest —, wieviel mehr wird dann ein Mensch, dem mit äußerer Gewalt eine Überzeugung aufgezwungen werden soll, innerlich widerstehen oder — wenn seine Kraft dazu nicht ausreicht — stumpf und gegen jede Überzeugung gleichgültig werden und nur äußerlich so tun, wie er am besten durchzukommen glaubt. Die gewalttätige, ja auch die nicht ganz so grober Druckmittel sich bedienende Intoleranz züchtet den Indifferentismus. Toleranz ist das Gegenteil von Indifferentismus, verhält sich zu ihm wie der Tag zur Nacht, wie das Licht zum Schatten.

Das Thema Toleranz wäre weitschichtig genug, um uns lange zu beschäftigen. Die Menschheit buchstabiert ja immer erst noch an der hohen Wissenschaft der Theorie von der Toleranz und macht eben die ersten, oft noch recht unbeholfenen Gehversuche in der hohen Kunst der praktischen Toleranz. Soviel allerdings wissen wir aus Erfahrung und ist uns auch ohnehin einsichtig: „Es kann der Beste nicht ~~in~~ Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“. Toleranz erfordert Gegenseitigkeit; sie findet ihre Grenze dort, wo der Andersdenkende seine Ansicht oder seinen Willen mit Mitteln der Gewalt durchzusetzen versucht. Hier greift der altrömische Rechtsgrundsatz Platz: *vim vi repellere licet*; der Gewalt darf ich, darf auch der Geduldigste und Sanftmütigste Gewalt entgegensetzen. Wer Toleranz beansprucht, muß selbst Toleranz üben. Wer keine Toleranz übt, kann eben insoweit auch keine Toleranz beanspruchen. Wie delikat die Grenzziehung ist, die in dem „eben insoweit“ sich ausdrückt, ist uns allen bekannt. Auch die Diskussion über diese Grenzziehung sollte in vornehmer Sachlichkeit und echter Toleranz geführt werden.

Ein abschließendes Urteil darüber, wieweit wir in unserer Gesellschaft der Gefahr des Indifferentismus erlegen sind, wieweit wir es in der hohen Kunst der Toleranz gebracht haben, muß ich mir versagen. Ich muß mir mit der Feststellung genügen lassen: unsere Gesellschaft stellt uns die *Aufgabe* der Toleranz, und — so darf ich hinzufügen —: mindestens in der ganz überwiegenden Mehrheit haben wir auch so viel an gemeinsamer Grundsubstanz, daß diese uns gestellte Aufgabe für uns — vorsichtig gesagt — nicht unlösbar ist.

Pluralistische Gesellschaft im sozial-strukturellen Sinn. — Hier muß ich ausgehen von dem klassischen Schema der Zweiklassengesellschaft, das sich

für die Sozialanalyse unerhört fruchtbar erwiesen hat, nach dem Urteil eines führenden freiheitlich-demokratischen Sozialisten aber heute „nicht mehr fruchtbar genug“ ist (Gerhard Weisser).² Unverkennbar hat der Dualismus der Klassengesellschaft dem Pluralismus der pressure-groups Platz gemacht. Die Problematik der Zweiklassengesellschaft hat jahrzehntelanges Ringen erfordert. Dieses Ringen dauert seit den Tagen eines Karl Marx; das Jahr 1931 bedeutet in diesem Ringen insofern eine Wende, als damals Papst Pius XI. in bewunderungswürdigem Freimut das Ergebnis dieses geistigen Ringens in sein soziales Weltrundschreiben „Quadragesimo anno“ aufgenommen und damit sozusagen für die katholische Soziallehre „kanonisiert“ hat. Dieses oder jenes mag noch zu verfeinern oder zu vertiefen sein; im wesentlichen ist diese Problematik heute geistig bewältigt. Dagegen müssen wir gestehen: die Problematik der pluralistischen Gesellschaft der pressure-groups ist trotz mancher verdienstvoller Ansätze derzeit noch durchaus unbewältigt; noch so umfangreiche Materialsammlungen empirischer Sozialforschung können uns darüber nicht hinwegtäuschen. Wir sind uns klar darüber, daß dieser Pluralismus als Wildwuchs entstanden und völlig unorganisch ist. So fällt es nicht schwer, das formale Prinzip zu formulieren: der unorganische Pluralismus müsse durch einen organischen abgelöst oder in einen organischen überführt werden. Wir haben sogar schon einen Namen dafür, der das Wesentliche gut trifft, indem wir ihn als „*funktionellen* Föderalismus“ bezeichnen und damit als eine dem regionalen Föderalismus an die Seite zu stellende Verwirklichung des föderalistischen Prinzips kennzeichnen. Leider fehlt uns noch jede konkrete Vorstellung, wie das aussehen könnte und wie das bewerkstelligt werden soll. Praktisch brauchbare Vorschläge liegen bisher nicht vor. So sucht man von Fall zu Fall, mit den jeweils auftauchenden Schwierigkeiten fertig zu werden, und so bleibt es vorerst bei dem bisher weder geistig noch praktisch bewältigtem Zustand des unorganischen Pluralismus.

Nur für den aus der Zweiklassengesellschaft überkommenen Antagonismus der beiden Arbeitsmarktparteien besitzen wir eine halbwegs befriedigende institutionelle Lösung in der unbestreitbar verfassungskräftigen, nichtsdestoweniger verfassungsrechtlich fast unlösbar schwierigen „Autonomie der Sozialpartner“, die sich, wenn es anders nicht weiter geht, notfalls mit den erfreulicherweise weitgehend domestizierten Kampfmitteln des Streiks und der Aussperrung behelfen. Wenn wir uns allerdings erinnern, daß im 19. Jahrhundert selbst der Krieg zwischen Großmächten — was man damals Großmächte nannte — fast bis zu den streng geregelten Formen eines Duells domestiziert war, und wenn wir vor Augen haben, wie dieser Krieg im 20. Jahrhundert sich aller ihm angetanen Domestikationen ent schlagen hat und zum schrankenlosen Vernichtungswillen entartet ist, dann beschleicht

² In: Christentum und Sozialismus. Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, Heft 3, S. 211.

uns die Sorge, ob wir uns bei der Domestikation der Arbeitskämpfe beruhigen dürfen oder nicht doch Mittel und Wege ausfindig machen müssen, um sie entbehrlich zu machen und so auch diesen Rest von gewaltsamer Selbsthilfe aus dem Bereich unserer Rechtsordnung auszuschneiden.

Wie immer dem sei, sobald wir fragen, wie es denn um die Einordnung der beiden Sozialpartner in das gesellschaftliche Ganze bestellt sei, müssen wir uns eingestehen, daß es bisher in keiner Weise gelungen ist, dafür eine Regelung zu finden, die sich „aus der Natur der Sache“ ergäbe. Noch viel mehr gilt dies von der Einordnung oder Eingliederung aller übrigen Machtgruppen oder Machtblöcke in das Ganze von Gesellschaft, Volk und Staat, mögen sie Mittelstandsblock, Grüne Front oder wie immer heißen. So muß vorerst noch jede Einzelfrage entweder im politischen Parlament ausgepaukt oder durch die staatliche Bürokratie administrativ geregelt werden, wobei wir im letztgenannten Fall vertrauen, es werde einer hochqualifizierten und hochspezialisierten, mindestens an Routine den professionellen Interessenvertretern, den „Lobbyisten“, überlegenen Bürokratie gelingen, die Interessenten auf die verwaltungsmäßig erwünschte Linie zu manövrieren, um sie dann auf dieser Linie auch miteinander zusammenzuführen. Die parlamentarische Lösung bedeutet eine unerträgliche physische und moralische Überlastung des politischen Parlaments und damit ein fast unübersteigliches Hindernis für die Sinnerfüllung der politischen Demokratie im allgemeinen und des Parlamentarismus im besonderen. Fast unabwendbar wird das öffentliche Leben dadurch korrumpiert. Mag sein, daß die absolutistischen Neigungen des „Louis XIV anonyme“, des Parlaments, dadurch gezähmt werden; an deren Stelle tritt jedoch nicht der sachgerechte, sondern der unsachliche Kompromiß, vulgo „Kuhhandel“. Die administrative Regelung bedeutet eine ähnlich unerträgliche oder jedenfalls unzutragliche Überlastung der Beamtenschaft und führt dazu, daß die politischen Instanzen der Demokratie, Regierung und Parlament, von der Bürokratie überspielt werden, gleichviel ob diese das erstrebt oder es verabscheut und, soviel an ihr liegt, sich sogar pflichttreu bemüht, es zu vermeiden. In beiden Fällen leidet die Autorität des Staates als des Sachwalters des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit. Der Gruppenegoismus schießt ins Kraut und tobt sich aus, Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein schwinden, ja selbst die Fähigkeit, die Dinge objektiv zu sehen, über Meinungsverschiedenheiten sachlich zu diskutieren, geht verloren; an die Stelle sachlicher Diskussion tritt im günstigeren Fall die Tarnungs- oder Schutzideologie, im ungünstigeren die bewußte Verlogenheit und Täuschung des Gegners.

Anlaß zu schwersten Sorgen gibt der Einfluß, den dieser unorganische Pluralismus mit seinem anscheinend unvermeidlichen zügellosen Gruppenegoismus auf die heute so einflußreichen Mittel der Publizistik — Presse, Funk, Film — ausübt.

Müssen wir nicht befürchten, dieser Gruppenegoismus mit seinem Machtstreben hier, seinem Erwerbsstreben dort — denken wir nur an den unrühm-

lichen Interessentenstreit um das Werbefernsehen und im Hintergrund um den Fernsehfunk überhaupt — werde schließlich dazu führen, daß wir die Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, auf denen unsere Gesellschaft ruht und durch die sie das leuchtende Gegenbild zur kommunistisch-bolschewistischen Gesellschaft sein will, geradezu verwüsten?

Der Veranschaulichung halber darf ich die Aufmerksamkeit hinlenken auf die Art, wie politische Parteien, die nicht ans Ganze denken, sondern jeweils die Sonderinteressen der hinter ihnen stehenden Gruppen vertreten, im Kampf um die Macht alle Mittel heutiger Publizistik benutzen, um die Wählerschaft anzusprechen, das Staatsvolk also, das in der Demokratie doch der Souverän ist. Was da in der Wahlpropaganda, auf Wahlplakaten und anderswo geboten wird, ist allzu oft nicht mehr und nicht weniger als gröblichste Majestätsbeleidigung des Souveräns, nämlich Spekulation auf seine Vergeßlichkeit und Dummheit und — was noch viel schlimmer ist — Appell an den bei ihm unterstellten schmutzigen Eigennutz. Um nicht mißverstanden zu werden: die unerfreulichen Erscheinungen, von denen ich spreche, sind nicht der Demokratie eigentümlich, und so dürfen auch meine Ausführungen nicht als Kritik an der Demokratie verstanden werden. Der nach der Macht strebende Usurpator verspricht gleich allen alles, verspricht, die widersprechendsten Interessen alle miteinander zu befriedigen, unbekümmert darum, daß die Erfüllung seiner Versprechungen schon allein an dieser ihrer inneren Widersprüchlichkeit scheitern muß. So hat Hitler allen alles versprochen, um am Schluß allen alles schuldig zu bleiben. Demnach liegt die Schuld wahrhaftig nicht an der Demokratie, sondern an der Auflösung der Gesellschaft in Interessentenhäufen; diese in Interessentenhäufen zerfallene Gesellschaft ist der Nährboden der Demagogie; in ihr feiert die Demagogie Triumphe, und am Ende dieser Demagogie steht der Tod der Demokratie.

Neuestens ist das Arsenal der Publizistik bereichert worden um die raffinierten Methoden der Tiefenpsychologie. Politische Propaganda (nicht nur in der unfreien Welt) und geschäftliche Werbung (Reklame) wetteifern miteinander, diese Methoden in ihren Dienst zu stellen. Das besagt: sie wenden sich nicht an die Einsicht und freie Selbstbestimmung des angeblich „mündig“ gewordenen Menschen, sondern sie beeinflussen ihn ohne sein eigenes Wissen auf dem Weg über das Unterbewußtsein: ein ungleich schwererer Angriff auf die Menschenwürde als äußere Mißhandlung und Freiheitsberaubung.

Was bedeutet unter solchen Umständen noch das ‚habeas corpus‘, jene gefeierte und bislang als klassisch angesehene Errungenschaft einer freien Gesellschaft? Die Habeas-corpus-Akte bot erstmals und die ihr nachgebildeten verfassungs- und gesetzesrechtlichen Vorschriften aller Rechtsstaaten bieten Schutz gegen willkürliche äußere Freiheitsberaubung durch Staatsorgane. Was aber nützt mir der rechtliche Schutz gegen äußere Freiheitsberaubung, wenn ich ständig Gefahr laufe, ohne es zu wissen und zu ahnen, meiner inneren Freiheit beraubt zu werden, und wenn diese Gefahr mir nicht von über-

eifrigen Organen der Staatssicherheit oder der Verbrechensbekämpfung droht, sondern von jedem privaten reklametreibenden Unternehmer, der zahlungskräftig genug ist, um sich dieser modernsten und daher im Augenblick noch kostspieligen Werbemethoden zu bedienen? Gegenüber aller äußeren Vergewaltigung bleibt der Mensch innerlich frei. Wenn ich weiß, daß ich „manipuliert“, „zurechtgemacht“ werden soll, kann ich mich immer noch als Person mit meinem Widerstandswillen dem entgegenstellen, und wenn meine Widerstandskraft zerbrochen wird, bin ich immer noch in Ehren gefallen. Die planmäßig und geheim auf dem Weg über das Unterbewußtsein vorangehende innere Unterminierung aber schleicht und zwingt sich in das innerste Heiligtum der Persönlichkeit ein; wenn irgend etwas, dann vergreift sie sich an der Menschenwürde als dem tragenden Grundwert jeder Kultur.

Unsere Gesellschaft erweist sich als wehrlos gegen die Volksverdummung durch die sogenannten Boulevardblätter. In jeder Straßenbahn hat man diese „lesenden Analphabeten“, wie man sie so treffend genannt hat, in Scharen vor sich sitzen. Gewiß kann man sagen, es sei der Mangel an innerer Tiefe bei so vielen Menschen, der eine solche seichte und sensationslüsterne Presse großziehe. Nicht minder aber fördert eine solche Presse die geistige Verflachung breiter Kreise und schafft sich so den Boden, auf dem sie gedeihen kann. Insoweit haben wir Ursache und Wirkung auf beiden Seiten zu suchen. Diese Wechselwirkung tritt aber doch erst ins Spiel, wenn die Publizistik — wenigstens in Teilen — auf die Stufe bloßer Erwerbsunternehmen wie Fabrikation von Seife oder Puddingpulver herabgesunken ist und die dank dem Gruppenegoismus aller Fesseln entledigte, durch keine Scham mehr gehemmte Erwerbsgier Inhalt und Aufmachung publizistischer Erzeugnisse bestimmt. Selbst in der sogenannten seriösen Meinungspresse ist mehr und mehr zu beobachten, wie alles andere als objektiv berichtet und gewürdigt wird. Wer für bestimmte Interessen eintritt oder doch bestimmten Interessentenkreisen genehm ist, wird gefeiert; der wirkliche oder auch nur vermeintliche Interessengegner wird entweder totgeschwiegen oder, wo das nicht geht, wird über ihn, wird über seine Ausführungen — sei es im Parlament, sei es auf anderer öffentlicher Diskussionsbühne — in einer Weise berichtet, daß man den Eindruck gewinnen muß, er sei ein abgefeimter Schurke oder noch besser ein Trottel, von dessen lächerlich dummem Geschwätz die Zeitung nur zur Belustigung ihrer Leser berichtet. Gewiß gibt es auch heute noch Organe, die sich dem Ganzen verpflichtet wissen, die das „öffentliche Amt“ der Presse ernst nehmen und ihm Genüge zu tun bestrebt sind. Man braucht aber nur 50 Jahre zurückzuschauen und einen Vergleich anzustellen, um mit Entsetzen wahrzunehmen, welche Verheerung der Gruppenegoismus, teils aus Machtwillen, teils aus Erwerbsgier, im Bereich der Publizistik angerichtet hat.

Noch viel wehrloser erweist sich unsere Gesellschaft gegen die physische, psychische und moralische Zerrüttung durch sexuelle Überreizung, keines-

wegs allein durch Film und „Illustrierte“. Statt vieler Worte nur dieses: es sind erst einige Wochen, daß der Botschafter von Iran sich veranlaßt sah, beim Auswärtigen Amt vorzusprechen und jene ernsten Vorstellungen zu erheben, auf Grund deren der Bundesminister des Auswärtigen sich mit dem Gedanken trug, eine „lex Soraya“ im Kabinett einzubringen, deren Entwurf zeitweilig den Gegenstand lebhafter öffentlicher Erörterungen bildete. Ist diese Demarche des Botschafters eines Landes, auf das viele Deutsche als auf ein halbzivilisiertes Land herabzublicken geneigt sein werden, nicht ein Peitschenhieb in das kulturelle Gesicht unserer Gesellschaft? Zu unserer Schande müssen wir gestehen, daß dieser Peitschenhieb verdient war.

Zum Schluß noch etwas aus dem Bereich der Wirtschaft. Wir sind so stolz auf unsere freie Marktwirtschaft, der wir auf Vorschuß bereits den ehrenden Beinamen „soziale Marktwirtschaft“ verliehen haben. Gewiß, im Gegensatz zur kollektivistischen, autoritär-totalitären Zentralverwaltungswirtschaft wählen wir mit aller Entschiedenheit die Markt- oder Verkehrswirtschaft, aber, vergessen wir nicht: wir *haben* nicht nur die Markt- oder Verkehrswirtschaft, sondern wir *sind* „kommerzialisierte“ Gesellschaft. Was bedeutet das für das kulturelle Gesicht unserer Gesellschaft? Zweifellos die Gefahr eines bedenklichen Überwiegens der materiellen Werte und damit eines praktischen Materialismus, der die hohen kulturellen Werte an Blutleere absterben läßt. — Viel ernster aber ist: „kommerzialisierte Gesellschaft“ ist ihrem Begriff und Wesen nach familienfeindlich! (vgl. diese Zs 158 [1955/56] 32).

In der „kommerzialisierten Gesellschaft“ gilt nur die Leistung, die der Markt honoriert, gilt darum nur, wer eine dem Markt genehme Leistung anzubieten hat; wir nennen ihn den „Marktaktiven“; die „kommerzialisierte Gesellschaft“ ist die Gesellschaft der Marktaktiven.

Die Familie ist die Gesellschaft oder richtiger Gemeinschaft, die sich aus Marktaktiven und Marktpassiven zusammensetzt; das Kind, der Jugendliche, bis 14, 18 oder, wenn er einem akademischen Beruf entgegenwächst, bis 25 Jahre ist marktpassiv. Im kollektivistisch, autoritär-totalitären System gehört er wie das Jungvieh in Brutkästen: Kinderheim, Kindergarten, Kinderhort, Kadettenanstalt usw. usw.; nach unseren Begriffen soll das Kind aus der liebenden Vereinigung seiner Eltern hervorgehen und in deren liebender Obhut, also in der *Familie*, heranwachsen.

Die Familie, wie wir sie uns nach unserem Begriff von Menschenwürde vorstellen, ist daher nicht die Gesellschaft zweier marktaktiver Gatten, die jeder ihrem Erwerbsberuf nachgehen, sondern ist die Gesellschaft oder besser Gemeinschaft marktaktiver und marktpassiver Glieder, wobei wir wünschen möchten, daß auch die Frau und Mutter zwar werteschaffende Tätigkeit im Kreis von Haushalt und Familie entfalte, nicht aber genötigt sei oder ohne Not sich verleiten lasse, sich ihren Kindern zu entziehen, um außerhäuslicher Erwerbstätigkeit nachzugehen und damit aus der Reihe der Marktpassiven in die Reihe der Marktaktiven hinüberzuwechseln.

Es bestehen durchaus Möglichkeiten, es gibt Mittel und Wege, um die Fa-

milie, insbesondere die kinderreiche Familie, aus ihrer nicht selten unerträglichen Lage in unserer Gesellschaft zu befreien. Die Erörterung der eingeschlagenen, zum Teil in die Irre gehenden Wege und der einzuschlagenden, zum Ziele führenden Wege gehört nicht hierher. Wir haben es hier nicht mit Familienpolitik zu tun, sondern mit Gesellschafts- und Kulturkritik. Was an dieser Stelle zur Familienpolitik zu sagen ist, läßt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen:

Unsere Gesellschaft wird auf die Dauer so viel kulturellen Gehalt und so viel kulturelles Gesicht haben, als es ihr gelingt, die Überspitztheit der „kommerzialiserten Gesellschaft“ zu überwinden, sich aus einer familienfeindlichen in eine familienfreundliche Gesellschaft zu verwandeln.

Euratom und Gemeinsamer Markt

PAUL ROTH

Seit vielen Jahrhunderten haben sich führende Persönlichkeiten mit dem Gedanken eines Zusammenschlusses Europas befaßt. Der bekannte Vorkämpfer des Paneuropagedankens, Graf Coudenhove-Kalergi zählt in seinem Buch „Die Europäische Nation“ mehr als ein Dutzend solcher Pläne auf, die von Fürsten, Staatsmännern, Philosophen und Priestern aufgestellt wurden. Große Namen befinden sich unter ihnen, Dante, Leibniz, Victor Hugo. Schon Montesquieu formulierte prägnant: „Europa ist ein Staat, zusammengesetzt aus mehreren Provinzen.“ Nach dem ersten Weltkrieg schien es sogar, als gehe der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa der Verwirklichung entgegen.

Briand, der sich jahrelang mit diesem Gedanken beschäftigt hatte, sah nach der Entspannung, die seine Zusammenarbeit mit Stresemann, der Locarnopakt und der Briand-Kellogg-Pakt in Europa herbeigeführt hatten, und nachdem er selbst an die Spitze der französischen Regierung getreten war, 1929 die Zeit gekommen, mit diesem Plan vor die Öffentlichkeit zu treten und konkrete Schritte zu seiner Verwirklichung einzuleiten. Er tat dies vor allem mit einer großen Rede vor dem Plenum des Völkerbundes im Herbst 1929, und es wurde in Aussicht genommen, daß der Völkerbund auf Grund eines Memorandums, das Briand ausarbeiten sollte, im folgenden Jahr an die konkrete Lösung der Europafrage heranginge. Aber inzwischen war Stresemann gestorben, es kam die Weltwirtschaftskrise, und der Nationalsozialismus erhob sein Medusenhaupt. Dann starb im März 1932 auch Briand. Die Weiterführung seines Planes war schon vorher ins Stocken gekommen.

Winston Churchill war es, der nach dem zweiten Weltkrieg wieder das